

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 12 (1971)
Heft: 2

Artikel: Lateinamerikanische Uebersicht. Legenden über "links" und "rechts"
Autor: Max, Alphonse
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095378>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Lateinamerikanische Uebersicht

Legenden über «links» und «rechts»

Von Alphonse Max

Aus Chile wurde ein Attentatsversuch auf Präsident Allende gemeldet. Kaum hatte die Polizei die Sprengstoffbehälter gefunden, wusste sie schon, dass sie von «Rechtskreisen» angebracht worden waren. Das ist um so bemerkenswerter, als der einzige gewaltsame Widerstand gegenüber dem neuen Regime, der seit Allendes Machtantritt bemerkbar wurde, von der anarchistischen Linken herrührte, die sich den Forderungen der moskaufreundlichen KP nicht unterstellen wollte (siehe die beiden letzten «lateinamerikanischen Uebersichten»). Die bürgerlichen Kreise dagegen verhielten sich total eingeschüchert und waren nur darauf bedacht, dem Regime möglichst keinen Anlass zu einer Liquidierungskampagne zu geben. Cui bono? Wem nützt dieser misstratene Anschlag? Einen Putschversuch meldete auch Bolivien. An der Authentizität ist aber kaum zu zweifeln, denn die Lage ist dort so putschträchtig, dass man sie «revolutionär» nennen würde, wenn das Regime nicht «die Rechte» dafür verantwortlich machen könnte. Die Dialektik von «rechts» und «links» gehört überhaupt zu den interessanten Dingen im Kontinent.

Wird die Linksdiktatur wirklich durch die Rechtsdiktatur bedingt?

Man nimmt allgemein als gegeben an, dass es in Lateinamerika die «ultra-rechten» Regimes sind, welche unbeabsichtigt das Entstehen von Linksdiktaturen hervorrufen oder zum mindesten fördern. Indessen zeigt es sich, dass der Weg auch über die nichtkommunistische Linke führen kann, die gegenüber der extremen kommunistischen Linken ihr eigenes Gewicht nicht zu wahren versteht und daher versagt. Und dieser Weg ist für den Kontinent sogar aktueller und unmittelbarer relevanter als die vermeintlich so repräsentative «Antwort auf die Rechtsdiktatur». In Chile war es die demokratisch-linke Regierung des Christlich-Demokraten Frei, die den Weg zur sozialistisch-kommunistischen Koalition bahnte, und nicht ein Rechtsregime, das es in diesem Lande gar nicht gab.

Freilich, was heisst in Lateinamerika «links»? Politisch gesehen stehen hier weder die Arbeiter

(soweit es sich nicht um die Führer der von der KP gesteuerten Gewerkschaften handelt) noch die Landarbeiter oder Bauern links, sondern ein Teil der Akademiker, der Millionäre, des gehobenen Mittelstandes.

Andererseits ergreifen die Führer der nichtkommunistischen Linken, eingeschüchert von den Parolen der extremistischen «Partner», sehr häufig die Flucht nach vorn und verwandeln sich, wenn sie legal an die Regierung gekommen sind, in regelrechte «trojanische Esel». So verhielt es sich 1954 mit Jacobo Arbenz in Guatemala, 1964 mit dem wohlhabenden Goulart in Brasilien und in der neuesten Zeit mit dem chilenischen Millionär Allende.

In Moskau ist man bestens über diese Schwächen der Lateinamerikaner im Bilde. Daher das zweigleisige Vorgehen des Kremles: Einerseits werden beispielsweise der brasilianischen Militärdiktatur grosse Warenkredite (100 000 Dollar) angeboten, und andererseits spezialisiert sich Moskau auf die



Chiles Präsident Allende: Führer oder Geführter?

Organisation, Unterstützung und Leitung von Volksfronten, wie es die Geschehnisse in Chile und nun auch in Uruguay beweisen.

Uruguay: Testfall 1971 für die nichtkommunistische Linke

In Chile hat die nach der Sowjetunion orientierte Volksfront unter der formellen Führung

Menetekel Polen

(Fortsetzung von Seite 7)
(Fortsetzung von Seite 7)

gen werde. Jugoslawische Marxisten hingegen bestreiten dem Sowjetkommunismus jedes Recht, sich sozialistisch zu nennen. Für sie ist der Sowjetkommunismus keine Entartung des Sozialismus, sondern überhaupt kein Sozialismus.

Für Mao wiederum ist der heutige Sowjetkommunismus ein Revisionismus zur Wiederherstellung des Kapitalismus. In einer Stellungnahme zu den Ereignissen in Polen schrieb die Pekinger «Renmin Ribao», der erzwungene Rücktritt Gomulka beweise, «dass die Kolonialherrschaft des sowjetrevisionistischen Sozialimperialismus in Osteuropa in eine Krise geraten» sei. Die Streiks und Demonstrationen der polnischen Arbeiter seien eine Folge der «Restauration des Kapitalismus» und des Verrats an den nationalen Interessen Polens (an die Sowjetunion). Der Aufstand der Arbeiter sei «mit blutigen faschistischen Mitteln» niedergeschlagen worden, aber «ganz wie die Tschechoslowakei und gewisse andere osteuropäische Länder ist Polen ... ein Pulverfass, das jederzeit explodieren kann». Zwar wurde es nicht ausdrücklich gesagt, aber es ist evident, dass Maos Rezept für die Wiederherstellung sozialistischer Verhältnisse im Sowjetbereich — abgesehen von der Forderung nach Liquidation

des sowjetischen Imperialismus — eine osteuropäische Kulturrevolution wäre, die wie in China unter Maos Parole «Das Hauptquartier bombardieren!» den erstarrten Parteiapparat zerschlagen müsste. Freilich wäre damit die Frage nicht gelöst, was an dessen Stelle zu treten hätte, denn die Inthronisierung einer charismatischen Führerpersönlichkeit vom Schlage Maos entspräche gewiss nicht den Vorstellungen der osteuropäischen Progressiven von einem demokratischen Sozialismus.

Einer, der allzu lange selbst dem Stalinismus seinen Tribut entrichtet hatte, Jean-Paul Sartre, gelangt heute zu einer radikal pessimistischen Sicht der Situation im Sowjetbereich und entwirft eine Alternative, die eine Mischung aus Mao und Marcuse darstellt. In seinem Vorwort zu Antonin Liehms «Gespräche an der Moldau» bezeichnet Sartre den osteuropäischen «Kommunismus» als eine versteinerte Ordnung, die nicht mehr reformierbar sei. Die einzige Chance sieht er in einer Revolution der osteuropäischen Völker, die «das Ding» auf den Misthaufen der Geschichte werfen und die sich an einer Art «grossen Weigerung» entzündend würde.

Aber diese Spekulationen auf eine zweite Revolution erscheinen als ebenso illusionär wie diejenigen auf eine notwendige dialektische Weiterentwicklung in Richtung auf einen «echten» So-

zialismus. Zweifellos bleibt die Zeit auch im Osten nicht stehen. Trotz allem hat sich auch in der Sowjetunion seit den Tagen Stalins manches gewandelt. Aber die Sowjetunion, die wohl noch auf lange Zeit das Schicksal Osteuropas bestimmen wird, ist dank Russlands mächtig nachwirkender byzantinisch-zaristischer Tradition denkbar ungeeignet, demokratische Reformen durchzuführen, die die Bedingungen politischer Mündigkeit und eines Sozialismus schaffen würden, der diesen Namen verdient. Vieles spricht deshalb dafür, dass der Osten sich weniger in Richtung auf demokratische Selbstverwaltung als vielmehr in Richtung auf eine die Parteiherrschaft zum Teil ablösende Technokratie entwickeln wird. Ob das nicht heissen würde, den Teufel mit Beelzebub auszutreiben, bleibt abzuwarten.

Hier ergeben sich überdies Aussichten auf eine weitere negative Konvergenz der Entwicklungen in West und Ost. Wobei wir im Westen insofern immer noch in einer günstigeren Position sind, als wir zumindest die Möglichkeit haben — oder hätten —, uns gegen eine fortschreitende Technokratisierung zu wehren, die bei uns jene Demokratie zerstören würde, die sie im Osten gar nicht erst aufkommen liesse.

(«National-Zeitung», Nr. 20/1971, mit Genehmigung des Verfassers.)

von Salvador Allende mit nur 36 Prozent der abgegebenen Stimmen die Regierung übernommen.

In Uruguay ist Moskau jetzt bemüht, eine ähnliche Kombination für die im November stattfindenden Wahlen aufzustellen, die diesmal jedoch ausser der KP, den prochinesischen Sozialisten und Castristen ein Mosaik von Splittergruppen aus den beiden grossen traditionellen Parteien und die Christlich-Demokratische Partei einschliessen wird.

Die ausserkorene Gallionsfigur ist der wohlhabende und geschäftstüchtige General a. D. Liber Seregni, der als Präsidentschaftskandidat auftreten soll, sekundiert vom Grossgrundbesitzer, Zeitungsverleger und Bankanwalt Carlos Quijano als Kandidat für die Vizepräsidentschaft.

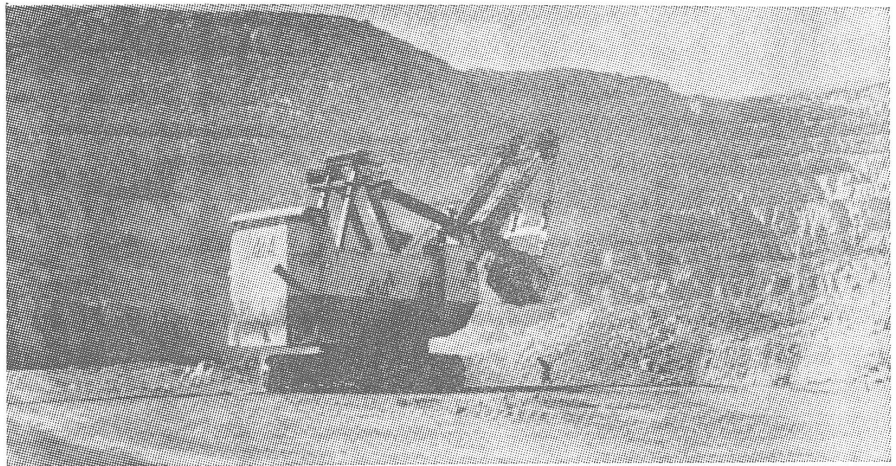
Obleich die lateinamerikanische Linke glaubt, die Sowjetunion für sich einspannen zu können, hat Moskau deren Führer mit Hilfe der KPs fest in der Hand. Die Möglichkeit, die Wahlkampagnen, die jedesmal kostspieliger werden und deren Kosten die traditionellen Parteien in der unterentwickelten lateinamerikanischen Wirtschaft nicht gewachsen sind, zu finanzieren, bietet den Kommunisten eine einmalige Chance, durch eine Volksfront legal ans Ruder zu kommen, indem sie derartige Koalitionen mit Geldern unterstützen, die aus der Sowjetunion kommen.

Diese Taktik ist in Uruguay besonders sichtbar. Die beiden grossen Parteien, die Colorado- und die Nationale (Blanco-) Partei, befinden sich in ernststen finanziellen Schwierigkeiten, denn die üblichen Geldgeber — Industrie- und Landwirtschaftsunternehmer — machen selbst eine ernste Krise durch und sind nicht in der Lage, Gelder für eine Wahlkampagne flüssig zu machen. Ein Sieg dieser neuen Auflage der klassischen sowjetischen Volksfront, wie sie schon in den dreissiger Jahren mit Léon Blum in Frankreich eingeweiht wurde, ist zwar in den diesjährigen Wahlen nicht wahrscheinlich, aber auch nicht ausgeschlossen.

Und die sowjetische Flotte nebenbei

Ein Uruguay unter kommunistisch geleiteter Volksfrontregierung wäre — neben der heutigen Regierung in Chile — von allergrösster Bedeutung für die Sowjetunion, denn Moskau würde dadurch, zusätzlich zu dem im karibischen Raum bestehenden Stützpunkt Kuba, über wichtige Basen sowohl im Atlantik als im Pazifik verfügen (in der Antarktis hat die UdSSR schon am 22. Februar 1968 auf der Insel Waterloo eine erste ganzjährige Forschungsstation unter dem Namen Bellinshausen errichtet), was eine unmittelbare Bedrohung nicht nur für Argentinien und den Seeweg um das Kap Horn, sondern auch für Südafrika und den Meeresweg um das Kap der Guten Hoffnung implizieren würde.

Zu einer Zeit, da sich die sowjetische Flotte im Ausbau und Aufmarsch befindet — bis zu 200 sowjetische Schiffe, die sich angeblich dem Fischfang widmen, werden gelegentlich gleichzeitig im Südatlantik gesichtet —, ist die strategische Bedeutung eines eventuellen Wahlsieges der aus Moskau ferngeleiteten Volksfront in Uruguay nicht zu bagatellisieren. Es ist heute klar erkannt worden, dass das Schiff und nicht der Panzer das Element ist, das der sowjetischen Diplomatie den ungeheuren Impetus verleiht, der gegenwärtig überall zu beobachten ist.



Für die Kupferminen (Kupfer ist das wichtigste Exportgut des Landes) in amerikanischem Besitz war unter der Präsidentschaft Freis ein langfristiges Expropriationsprogramm eingeleitet worden. Allende hat die Nationalisierung sofort restlos zum Abschluss gebracht.

Während die Sowjetunion ein akzentuiertes Interesse an Lateinamerika bezeugt — es bestehen jetzt diplomatische Beziehungen zu allen südamerikanischen Ländern mit Ausnahme von Paraguay —, bleiben die Vereinigten Staaten, wegen einseitig verstandener Prioritäten, immer mehr abseits des Geschehens auf diesem Kontinent. Unter diesen Umständen ist der von den Uneingeweihten so verdammte «Ruck nach rechts» kaum anders denn Ausdruck des Selbsterhaltungstriebes zu deuten, als die Ultima ratio einer Gesellschaft, die trotz katastrophaler Mängel immer noch freiheitlicher ist als die angebotene kommunistische Alternative.

Bolivien: Weltrekord an Putschversuchen

Trotz der sehr ernststen Lage in den strategisch wichtigen Ländern der Pazifik- und Atlantikküste fehlt es in dem kustenlosen Bolivien nicht an grotesken Situationen.

Seit Barrientos und Ovando hat man sich daran gewöhnt, dass bolivianische Präsidenten kaum Zeit zum Regieren haben, weil ihre Fulltime-Beschäftigung darin besteht, Konspirationen von links, von rechts und von der Mitte im Keim zu ersticken, Staatsstreichen vorzubeugen und — wenn ihre Putschgeigerzähler schlecht funktionieren — sich resignierend aus dem Präsidentenpalais hinauskatapultieren zu lassen. Auch der gegenwärtige Präsident, General Juan José Torres, lässt keine Woche vergehen, ohne die Niederschlagung eines Putschversuches zu verkünden. In einer einzigen Woche schlug er alle bolivianischen Rekorde auf diesem Gebiet seit Simon Bolívars Zeiten, indem er die Vereitelung von gleich drei Staatsstreichbewegungen enthüllte. Dass Bolivien, was subversive Tendenzen angeht, eine Sonderstellung in aller Welt einnimmt, lässt sich schon der erstaunlichen Tatsache entnehmen, dass die «Priester der Dritten Welt» in La Paz vor kurzem nicht etwa den Abbruch der Beziehungen zu den USA, sondern den Hinauswurf des päpstlichen Nuntius aus Bolivien forderten...

Vielleicht war es das politische Chaos, das gegenwärtig in Bolivien herrscht, das den Präsidenten auf die glorreiche Idee gebracht hat, im Juni dieses Jahres ein Referendum zu veranstalten, das dem bolivianischen Volk die Möglichkeit ge-

ben soll, über Annahme oder Ablehnung einer neuen Verfassung und gleichzeitig über ein Parteien- und Wahlgesetz zu entscheiden. Kurz darauf sollen allgemeine Parlamentswahlen ausgeschrieben werden, deren Resultat dem Präsidenten Torres dann ein ungefähres Bild von der Gemütsverfassung seines Volkes vermitteln könnte. Denn so unwahrscheinlich es klingen mag, diese Gemütsverfassung seines Volkes ist Torres bisher ein Buch mit sieben Siegeln geblieben.

Noch unwahrscheinlicher jedoch mutet die Tatsache an, dass die bolivianischen Gewerkschaftsführer die von Torres geplante Volksbefragung als eine persönliche Beleidigung empfunden haben. In einer gemeinsamen Erklärung gaben die linksextremistischen Gewerkschaftsbözen bekannt, dass sie Volksbefragungen, Wahlen und ähnlichen kleinbürgerlichen Käse für kompletten Wahnsinn halten: «Wenn eine Regierung wirklich dazu entschlossen ist, den revolutionä-

(Fortsetzung auf Seite 10)



Der bolivianische Generalpräsident Juan José Torres: Ein Leben mit Putschen.

Valerij Tarsis

Karriere eines jungen Sowjetmenschen

Noch immer realistische Novellen in «Nowi Mir»

Dem Namen Gennadij Komrakow war man in der russischen Literatur bisher nicht begegnet. Um so bedeutsamer ist die erste Novelle dieses Schriftstellers: «Ein halbes Jahr bis zum Herbst» («Nowi Mir», Nr. 10/1970). Hier sei vermerkt, dass der «Nowi Mir» nach Twardowskijs Weggang seine Position nicht aufgegeben hat und nicht auf das Niveau der Stalinisten-Zeitschriften vom Typ «Oktjabr», «Moskwa» oder «Snamja» abgesunken ist.

Von der ersten Seite an bannt diese Novelle den Leser durch schonungslose Wahrheit. Der junge Prokop Manankow, der in einem abgelegenen Polardorf aufwuchs, möchte es im Leben zu etwas bringen. Dazu muss einer jedoch in die Stadt gehen, im Dorf besteht keine Chance. Man kommt aber nicht weg, denn die Behörden stellen einem keinen Pass aus, und ohne Pass wird man in keiner Stadt registriert. Manankow resigniert nicht, zieht trotzdem los — und erhält nach langen Scherereien und dank der Hilfe eines Landmannes endlich die Wohnberechtigung — aber keine Wohnung. Auch damit ist Manankow zufrieden; seine Adresse lautet «Wasserturm», und schlafen tut er in einem Holzschuppen.

Arbeit hat er vorläufig auf einem Bau gefunden. Er tut, was man ihm zuweist, als Hilfsarbeiter, und er tut es gewissenhaft. Nicht etwa, weil ihm

diese Beschäftigung gefiele: «Nie hatte irgendwer Manankow gefragt, ob es ihm vielleicht passte zu tun, was er die ganze Zeit tat, und Prokop selbst sagte nichts darüber. Er arbeitete schweigend.»

Dahinter steckt eine wesentliche Wahrheit. In der UdSSR arbeitet man schweigend — um einen lächerlichen Lohn, mit dem man grade so durchkommt. Manankow aber erreicht doch etwas: er erhält eine Pritsche in einem Jungesellenheim». Das bedeutet den Umzug aus dem kalten Schuppen in ein Zimmer mit mindestens zwölf Betten, in dem eine unbeschreibliche Luft herrscht — solche Wohnheime habe ich genug gesehen. Meist sind sie in Kellern eingerichtet. Da aber Manankow noch immer «grosse Pläne hegt, wie er es noch zu etwas bringen würde», lässt er den Kopf nicht hängen.

Mit der Zeit legt er sich eine Freundin zu — Sina Schtschipatschowa, auch vom Lande: sie hatte sich auf den Bau anwerben lassen. Sie lebten freudlos, langweilig dahin. Da war zwar der Arbeiterklub, wo es jedoch (mit den Worten des Helden) ausser «Dreck und Schlägereien und Filmen zum Kotzen» nichts gibt.

Die Arbeit auf dem Bau ist schwer, und der Lohn winzig. «Vor Prokops Augen liefen viele davon. Sogar Angeworbene flohen, liessen ihre Pässe zurück, obschon das streng verboten war. Verzweifeltes Volk.»

Prokop Manankow fand es an der Zeit, etwas für seine Karriere zu tun, da sie sich nicht von selbst anbot: «Er beschloss, fest zu sparen. Zum Mittagessen erlaubte er sich ein halbes Brot, trank Wasser dazu — und damit gut. Bald jedoch merkt Manankow, dass der Lohn nicht einmal fürs Leben reichen wird, geschweige denn Ersparnisse zulässt. Und er verlor das Interesse am Sparen.»

Einförmige, öde, aussichtslose Plackerei. So vertrank auch Prokop manchmal seinen Lohn und gewöhnte sich ans Trinken. Er konnte es sich zwar finanziell überhaupt nicht leisten, erbettelte aber Geld von Sina, die ihm ernstlich zugetan war und selbst hungerte, um ihm von ihren Kopeken etwas abtreten zu können.

Etwas anders, aber nicht fröhlicher, gestaltete sich die Laufbahn des jungen Arbeiters Tschujew. Er absolvierte eine Berufsschule und wurde

Lateinamerikanische Übersicht

(Fortsetzung von Seite 9)

ren Weg zu beschreiten, so darf sie keine Wahlen veranstalten, weil das den reaktionären Elementen in Bolivien die Mittel in die Hand gibt, den Triumph des proletarischen Gesellschaftssystems zu verhindern». Womit die Gewerkschaftsdenker gar nicht unrecht haben dürften. Bei sauberen Wahlen würde sich nämlich herausstellen, dass die Mehrzahl der Bolivianer auf

das proletarische Gesellschaftssystem in sämtlichen Tonlagen pfeift.

Lorbeer für Schreibtischguerilla

Nach der Freilassung des französischen Pamphletherstellers Régis Debray, den der bolivianische Präsident ausschliesslich zu dem Zweck auf freien Fuss setzte, um die linksradikale Opposition zu beschwichtigen, bemühen sich die Fabrikanten kommunistischer Gartenlaubendyllen

in Amerika und Europa eifrig darum, dem Freigelassenen einen Mantel heldischer Grösse anzuziehen, der ihm jedoch um einige Nummern zu weit ist. Ueber niemanden hat sich der «Che» Guevara, der den französischen Danton in Westentaschenformat in der grünen Hölle vom südöstlichen Bolivien zur Genüge kennenlernte, so abfällig geäussert wie über Debray. Als Guevaras Tagebuch nach seinem Tod zu Millionen Exemplaren in Havanna aufgelegt wurde, unternahm es Fidel Castro höchstpersönlich, die abfälligen Bemerkungen Guevaras über Debray in einem Vorwort abzuschwächen, in dem es heisst: «Bei vielen Gelegenheiten hat Guevara an der Handlungsweise Debrays gezweifelt, aber leider erlebte er nicht mehr die feste und tapfere Haltung, mit der Debray seinen bolivianischen Folterern gegenübertrat.»

Die nachträglichen Retuschen, die Fidel Castro an der Figur des reichen Bürgersöhnchens Debray anzubringen versucht, ändern jedoch nichts an der historischen Wahrheit, dass «Che» Guevara den jungen französischen Universitätsprofessor wegen totaler Guerilla-Untauglichkeit aus seinem Partisanenlager so schnell wie möglich abzuschicken trachtete, was bei Debray übrigens keineswegs auf Opposition stiess, da er schnell bemerkt hatte, dass Guerillapredigen weniger Mühe macht als Guerilla führen. Das einzige Verdienst, das Debray nicht abzusprechen ist: er hat die Spezies der Land-, Stadt- und Luftguerillas um die der Schreibtischguerillas vermehrt. Der Lorbeer, den heute Intellektuelle um das leidende Erlöserhaupt Debrays wunden, soll einer nachträglichen Legendenbildung dienen, die jedoch durch das Tagebuch des «Che» Guevara von A bis Z dementiert wird. ■



Gedenkfeier für Che Guevara in der Universität La Paz. Vor dreieinhalb Jahren war Che in Bolivien durch jene Militärs umgekommen, die ihn jetzt als Symbol der nationalen Befreiung ehren. Ob Alibi oder Bekehrung, es entspricht jedenfalls dem aussenpolitischen Kurs.